

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimetergasse 40 Pf. Platzvorschriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 48. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Arbeiterband Bochum.

## Gegen die Diktatur des Geldsacks!

P. Z. Die Frage: „Demokratie oder Diktatur?“ ist wieder aktuell. Sie wurde diesmal von „oben“ in die Diskussion gedrängt. Schuld daran hat die Regierungsmethode des Kabinetts Brüning, das sich auch gern das „Kabinetts der Frontkameraden“ nennen hört.

Und es ist auch danach! Das heißt insofern, als sich die Leute die Politik als ein Stück Abenteuerleben vorstellen. Das Regieren können löst sich bei ihnen auf in die einfache Frage des Regieren wollen. Die großen geschichtsmachenden Fragen der Regierungsform und des Regierungssystems sind den „Frontkameraden“ in der Regierung nebensächlich. Sie sehen die höchste Form der Regierungskunst in einem schneidigen Paroledienst. Wo dann der Verhandlungsweg zur demokratischen Politik unangenehme Schwierigkeiten zeitigt, wird kurzerhand das Ziel über den Verordnungsweg erstrebt.

Und schließlich — so äußerte sich dieser Tage ein führender „Frontdemokrat“ — ist das Regieren mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung auch ein demokratisches Regieren, weil es ja als eine Möglichkeit des Regierens in der Demokratie und der Republik durch die Reichsverfassung zulässig erklärt sei.

Soll man mit solchen Leuten groß streiten? Das lohnt sich wohl nicht. Wessen Grundauffassung über Demokratie und Republik auf so schwammigem Boden beruht, der ist für eine ernste Diskussion über diese Fragen eben noch nicht reif. Das darf aber noch nicht gleichgültig machen gegen diese ganzen Zeiterscheinungen. Im Gegenteil: wir sind all dem gegenüber zu höchster Aufmerksamkeit verpflichtet.

Es droht Gefahr! Machen wir uns nichts weiß. Die Staatsgewalt als solche bedeutet immer noch einen mächtigen Faktor im Ringen der Wirtschaftsgesellschaft. Gewiß, wir zählen heute fünf Millionen freitragende Arbeiter. Niemand zweifelt daran, daß diese Gewerkschaftsmacht — im Ernstfall — fast unbesiegt sich erweisen müßte. Kein Arbeiter aber darf deshalb den vermessenen Glauben hegen und nähren, daß die Verlagerung der Staatsmacht und die Entwicklung der reinen Staatspolitik von der sozialen zur reaktionären Seite für uns gleichgültig sein darf.

Wir haben heute mehr zu verlieren als unsere Ketten! Jeder Verlust an politischem Einfluß und der Möglichkeit politischer Mitarbeit an der Staats- und Gesellschaftsverwaltung bedeutet für die Arbeiterklasse Abgleiten in politische Entrechtung und soziale Verelendung. Die wenigen Kostproben einer Diktatur des Kabinetts Brüning — Steigerwald — Treviranus auf Grund des Artikels 48 haben das ja zur Genüge offenbart. Als der Reichstag ausgeschaltet war, die Arbeiter also durch die Sozialdemokratie nicht mehr zu Gehör kamen in demokratischer Verhandlung, kam es Schlag auf Schlag:

Hundertmillionenraub an den Arbeitslosen, Vielmillionenraub an den Krankenschein- und Arzneibedürftigen, Lohnraub, Preiserhöhungen durch Zollerhöhungen, Steuererhöhung für die Arbeiter und Schonung des Besitzes, der viele Milliarden ins Ausland verschob usw. Um diese Entwicklung zu verhindern, gibt es für die Arbeiter nur den konsequenten Kampf um die Demokratie.

Das Regierungssystem der deutschen Republik beruht auf dem demokratischen Parlamentarismus. Danach kann ein Kabinetts nur dann regieren, wenn die Mehrheit des Reichstages ihm das Regieren erlaubt. Damit aber können auch nur solche Gesetze und Verordnungen Gültigkeit erlangen oder behalten, gegen die nicht eine Mehrheit der Abgeordneten stimmt. In diesen Tatsachen liegt der große Vorteil der Demokratie für das schaffende Volk, aber auch die große Gefahr für eine reaktionäre Kapitalistenklasse mit ihrem Troß.

Wir zählen in Deutschland rund 21 Millionen Handarbeiter und Angestellte. Ein großer Teil hiervon ist verheiratet und hat wahlberechtigte Familienangehörige. Diese Masse könnte, wenn sie restlos zusammengefaßt und einheitlich aufgeklärt wäre, bei jeder Parlamentswahl eine Zweidrittelmehrheit erzielen. Leider ist das durch die partei- und geistespolitische Spaltung der Massen nicht möglich. Sicherlich aber wählen fast alle diese Schaffenden nur solche Abgeordneten und Parteien, von denen sie wenigstens glauben, daß sie ihre Interessen vertreten. Ob sie dabei richtig vertrauen, lehrt untrüglich allein ein demokratisches Regieren.

Nur beim demokratischen Regieren hat der Wähler die Kontrolle über seine gewählte Partei sowie seinen Abgeordneten. Partei und Abgeordnete sind also mit ihrer Politik in der Demokratie von dem Willen der Wähler, besonders also des schaffenden Volkes, abhängig.

So wird die Demokratie zu einer Diktatur der Wähler über die Parteien und Abgeordneten. Das mag bei dem Grade der heutigen politischen Massenbildung — unter Umständen — ohne praktische Bedeutung sein. Das erhält aber große Bedeutung in bestimmten Perioden der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung.

Wir befinden uns in einer solch bestimmten Periode. Der Kapitalismus befindet sich wieder einmal in einer gewaltigen Krise. Solche Krisen verlangen ungeheure Opfer an Profit- und Kapitalverlust, die von den Kapitalisten auf die Arbeiter abgewälzt werden.

An den Löhnen sollen die Verluste hauptsächlich eingepart werden durch Lohnabbau. Ebenfalls an den Beiträgen für die Sozialversicherung durch Abbau der Unfallrenten, des Krankengeldes, der Arbeitslosenversicherung, Steuern und öffentliche Abgaben sucht man zu senken, indem man sie auf die Arbeiterschaft abwälzt.

Zu all dieser Politik aber benötigt der Kapitalist die Hilfe des Staates und der Regierung. Das ist der Punkt, wo die vom Volk gewählten Abgeordneten in den bürgerlichen Parteien in schwere Bedrückung geraten. Das gilt besonders für die Abgeordneten des Zentrums, der Demokraten und der nationalen Parteigruppen.

Die Sozialdemokratie hat konsequent den Anschlag der Kapitalisten abgewehrt und ihre Politik abgelehnt. Im bürgerlichen Parteilager fanden sich nun auch nicht genug Abgeordnete, die den Mut hatten, mit den Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse Gesetze zu machen. Sie fühlten eben die Diktatur des demokratischen Regierungssystems, in dem die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Man fürchtete eben, daß dieses Volk, wenn man Gesetze gegen es macht, den Schuldigen nicht mehr die Staatsmacht übertragen, das heißt nicht mehr die Stimmen bei der Wahl geben wird.

Diese Tatsache, das heißt also die Demokratie, hat eine Mehrheit verhindert, die offensichtlich eine Politik gegen das schaffende Volk erlaubt.

Und hier erst setzte das Trauerspiel ein. Jetzt fanden sich ein paar sogenannte Frontkameraden (sprich: politische Stammtischkameraden) und ein paar „Frontdemokraten“ zusammen, die unter der Parole: „Das Vaterland in Not!“ (lies: „Die Kapitalistenklasse in Not!“) die berüchtigten „Notverordnungen“ auf Grund des Artikels 48 diktierten und das obengenannte Programm der Abwälzung aller Krisenopfer auf die Arbeiterschaft zu verwirklichen begannen.

Wir haben aber immer noch Demokratie in Deutschland. Und nach dem 14. September wird wohl oder übel wieder demokratisch regiert werden müssen. Das heißt also, der neue Reichstag hat über die Verordnungspolitik der Frontdemokraten zu entscheiden. Erkennt er diese Politik an, dann kann niemand das schaffende Volk vor den Schänden und Verlusten, die ihm dieselbe bringt, retten.

Es gilt also einen Reichstag zu wählen, der die Gewähr gibt, daß er gegen die Politik der Frontkameraden und Frontdemokraten sein wird. Wie ist das zu machen?

Man braucht nur die Schuldigen an dieser ganzen Entwicklung zu suchen. Sie sitzen in erster Linie im Zentrum, dann bei den Demokraten, die sich schon vor Angst in eine sogenannte Staatspartei verwandelt haben, damit man sie nicht wiedererkennen soll, und dann bei den sogenannten nationalen Gruppen, angefangen von der Volkspartei über die Wirtschaftspartei zu den konservativ-deutschen nationalen Gruppen.

Die Schuld dieser Parteien ist gleich groß. Sie ist nur doppelt vermerkt beim Zentrum und den Demokraten. Das sind Parteien, die sich vor den Wählern immer als demokratisch rühmen und mit einem sozialen Mantelchen präsentieren. Kein Arbeiter, der diesen Parteien geistig nahe steht, darf ihnen diesmal die Stimme geben!

Das ist die einzige Möglichkeit, um diesen Parteien die Macht der demokratischen Diktatur zu nehmen. Jeder Zentrumsarbeiter oder Demokrat, der am 14. September für eine bürgerliche Partei seine Stimme abgibt, der stimmt für die Diktatur des Geldsacks über das schaffende Volk!

Ein großer Teil der Arbeiter im Zentrum und bei den Demokraten wird das auch einsehen. Schwieriger ist es nur, auch die Arbeiterfrauen in dieser Krise über das alles zu belehren. Hier gilt es für unsere Leute besondere Aufklärungsarbeit zu leisten.

Allzu schwer ist das diesmal nicht. Die Not der Zeit gibt ja schon das Stichwort. Wo drei Millionen Arbeitslose vor den Türen stehen, da bedarf es keiner Schwarzmalerei bei den Frauen. Man erinnere an die Feiertage, die den Lohn des Arbeiters ganz gewaltig dezimieren. Und dann illustriere man daran die Diktaturpolitik des Bürgerblocks.

Noch nie hat eine Regierung eine solche Fülle von Verordnungen auf einmal erlassen, die alle auf eine Schmälerung des Arbeitereinkommens gerichtet sind. Wenn das die Arbeiterfrauen nicht begreifen, dann besteht überhaupt wenig Hoffnung, sie jemals von der Bedeutung der Politik für die Arbeiter überzeugen zu können.

Im Zentrum stellt man sich auch schon auf die großen Gefahren ein, die ihm aus der ganzen Situation erwachsen

können. Man schiebt wieder Kultur- und Religionsfragen in den Vordergrund nach altbewährtem Rezept. Aber schließlich zieht auch das nicht mehr. Man erinnere nur an folgendes:

Ueberall hört man von Zentrumsseite das Lied vom „Versagen der Sozialdemokratie“, die in dem letzten Jahrzehnt die Macht, die sie hatte, nicht anzuwenden gewußt hätte. Damit hätte die Sozialdemokratie ihre „Unfähigkeit“ auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete bewiesen. Sie könnte damit erledigt sein, wenn sie nicht eine so große Gefahr bedeute für Kirche und Religion.

Tatsache ist nun, daß die deutschen Kirchen- und Religionsgesellschaften noch nie solche Freiheiten und Befugnisse besaßen, als gerade in der Republik. Und dieses, trotzdem die Sozialdemokratie, nach der Lesart des Zentrums, die „große Macht“ besaß. Damit ist die ganze Demagogie der Religionsverheugung des Zentrums gegen die Sozialdemokratie gekennzeichnet.

Wenn aber die Sozialdemokratie ihre wirtschaftlichen Pläne noch nicht verwirklicht hat, dann nur deshalb nicht, weil sie nicht allein die Mehrheit besitzt und die bürgerlichen Parteien nicht mitmachen. Daß aber die Sozialdemokratie trotzdem ihre Macht ausnützt zugunsten der breiten Masse, beweist folgendes:

Vor dem Kriege mußten die Massen einen großen Teil ihrer Steuerlasten für die Besitzenden aufbringen. Nach dem Kriege kommen ihnen die Erträge der Massensteuern selbst wieder zugute. Das ergibt sich aus folgender Aufstellung (in Mill. M.):

	1918	1927
Massenbelastung (Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Beförderungssteuer, Zölle, Verbrauchssteuern, Reichsbahnbelastung, Ueberzuschüsse aus öffentlichen Betrieben)	2530	6780
Sozialleistungen (Wohlfahrtswesen, Wohnungswesen, Schulwesen, Kriegsversorgung)	1390	6940

1913 mußten die Massen fast doppelt so viel Steuern zahlen, als ihnen aus Sozialleistungen gewährt wurde. 1927 aber waren die sozialen und kulturellen Leistungen für die Massen mit rund 7 Milliarden höher als die Massenbelastung.

Das ist der Erfolg der Politik der Sozialdemokratie. Daher der Kampf des Bürgertums gegen die sozialpolitischen Errungenschaften.

Daher auch der jetzige Wahlkampf. Weil diese Errungenschaften wieder abgebaut werden durch die jetzige Regierung des Zentrums, der Demokraten und anderen bürgerlichen Parteien, deshalb hat die Sozialdemokratie ja den Reichstag gesprengt.

Und das ist es, was man heute allen Arbeiterfrauen lehren muß. Es geht buchstäblich um das Haushaltsgeld, um das Arbeitereinkommen. Nirgends kommt das klarer zum Ausdruck, als in dem Uebertritt des demokratischen Gewerkschaftsführers Anton Erkelenz zur Sozialdemokratie.

Für die demokratischen Arbeiter sollte damit ohne weiteres der richtige Weg gezeichnet sein. Wenn ihr anerkanntester Führer diesen Schritt unternahm, dann muß er dafür zwingende Gründe haben.

Es sind dieselben Gründe, die auch die freien Gewerkschaften in die Agitation für die Sozialdemokratie hineintrieben. Alle gewerkschaftlichen Errungenschaften der Nachkriegszeit stehen auf dem Spiel! Da gibt es kein Zögern mehr. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die sich zur Verteidigung dieser Errungenschaften im Parlament an die Seite der Gewerkschaften stellte. Es ist deshalb ein Gebot des Existenzkampfes, den die Arbeiter innerhalb ihrer Gewerkschaften kämpfen, daß sie sich bei der Wahl für die Sozialdemokratie entscheiden.

Auch die kommunistische Partei kann nicht für die Gewerkschaften in Frage kommen. Sie führt offen und offiziell den Kampf gegen die Gewerkschaften und deren Politik. Sie ist der erklärte Feind der Gewerkschaftspolitik. Es wäre deshalb kompletter Irrsinn, wollten wir als Gewerkschaften zur Unterstützung und zur Stärkung dieser Partei aufrufen. Von einer Partei, die offiziell den Kampf gegen unsere Politik führt, kann keine wirksame Unterstützung bei der Verteidigung der Errungenschaften unserer Politik erwartet werden.

Zum Schluß stehen dann die Nationalsozialisten (siehe auch Sonderartikel hierüber), die unter Führung der „Schwerarbeiter“ aus königlichem Hause, den adeligen Familiensippen und den reaktionärsten Generalskreisen, ihren Befreierdienst anpreisen. Sie sind für unsere Bewegung keine Gefahr. Nur müssen wir versuchen, alle am Bürgertum verzweifelnden Schichten vom Zustrom zu diesen Demagogen abzuhalten und für uns zu gewinnen.

Kameraden, helft alle mit! Redet mit euren Frauen und Töchtern über all diese Dinge. Laßt nichts unversucht, auch wo es nur eine Stimme zu gewinnen gilt.

Der 14. September 1930 muß zu einem Ehrentag der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft werden. Sorgt dafür, daß ihr euch später rühmen könnt, an seinem Erfolge mitgearbeitet zu haben!











### Fünfjähriger Tarifvertrag im amerikanischen Anthrazitbergbau.

Unter Bild zeigt eine Belegschaftsversammlung im amerikanischen Anthrazitbergbau, in der der Vorsitzende des amerikanischen Bergarbeiterverbandes, John L. Lewis (Mitte), über den Abschluß des neuen Tarifvertrages berichtet hat. Der neue Tarifvertrag tritt am 1. September d. J. in Kraft und ist un kündbar bis zum 1. April 1936. Entgegen den Bemühungen der Unternehmer auf eine Herabsetzung der Löhne ist es den

amerikanischen Anthrazitbergarbeitern gelungen, die alte Lohnordnung aufrechtzuerhalten, die einen Zimmerhauerschichtlohn von 6,38 Dollar und für die Gedingehauer einen Schichtlohn von 1 Dollar je Schicht vorsieht. Der Tarifvertrag gilt für 150 000 Bergarbeiter.

Wir beglückwünschen die amerikanischen Bergarbeiter zu ihrem Erfolge!

## Gestiegene Bergbaudividende.

### Die Unternehmer aber verlangen Lohnabbau und Drosselung der Sozialfürsorge.

Die wichtigsten Millionen- und Börsengesellschaften der deutschen Wirtschaft schließen in den Monaten Oktober bis Dezember ab. Diese Abschlüsse mit etwa 11,5 Milliarden M. Aktienkapital umfassen rund 50 Prozent des Kapitals der deutschen Aktiengesellschaften. Publiziert werden die Abschlüsse in der Regel im Frühjahr und im Frühsommer. Es sei hier daran erinnert, daß die Unternehmer die Abschlüsse diesmal dazu benutzt haben, um in der Öffentlichkeit Stimmung für den Lohnabbau und eine Sabotage der Sozialfürsorge zu machen. Das ist ihnen leider allzuleicht gelungen. Immer, wo eine Dividendenkürzung vorgenommen wurde, wurde in die Welt hinausposaunt, die Industrierente sei in Gefahr und die Löhne müßten gesenkt werden. So wurde eigentlich erst die Atmosphäre für die Lohnsenkungssaktion des deutschen Unternehmertums geschaffen. Jetzt liegt eine Erhebung des Reichsstatistischen Amtes über die in Frage kommenden Geschäftsabschlüsse vor und wir suchen in dieser Erhebung vergeblich nach Gründen, die die Lohnbaupropaganda des Unternehmertums rechtfertigen könnten. Wir finden keine. Die Zahl der Gesellschaften, die keine Dividende ausgeschüttet haben, ist von 16,2 Prozent im Jahre 1928 auf 16,9 Prozent gestiegen. Das ist äußerst geringfügig. Die Steigerung kommt gar nicht in Betracht. Die Durchschnittsdividende hat sich von 7,52 Prozent im Jahre 1928 auf 7,49 Prozent verringert. Die Abflachung macht 0,03 Prozent aus, was angesichts der in Frage kommenden Summen gar nichts besagen will. Schaltet man aus der Erhebung die Banken und Versicherungsunternehmen, die ausschließlich auf dem Gebiete des Geldverkehrs tätig sind, aus, dann ergibt sich eine Verringerung der Durchschnittsdividende in der eigentlichen produktiven Wirtschaft um 0,01 Prozent auf 7,14 Prozent. Die zur Ausschüttung der Dividende benötigte Summe hat sich aber von 754,3 auf 766 Mill. M. gesteigert. Trotz einer Kürzung der Durchschnittsdividende ist also die Dividendensumme größer als im vorigen Jahre. Das dürfte aber für die Entwicklung der Rentabilität und die Entwicklung der Industrierente entscheidend sein. Die Behauptung, die Industrie sei in Gefahr, ist nichts anderes als Bluff. Für den Bergbau und die Montanindustrie ergibt sich im einzelnen folgende Entwicklung:

	Durchschnittsdividende in Prozent		Dividendenzahlungen in Mill. M.	
	1929	1928	1929	1928
Gesamte Industrie	7,49	7,52	766,0	754,3
ohne Banken und Versicherungsunternehmen	7,14	7,15	608,1	593,5
Steinkohlenbergbau	5,94	2,41	23,2	9,3
Braunkohle	9,74	9,49	19,8	19,3
Kali	11,47	11,43	43,5	46,3
Bergbau und Eisenindustrie	6,05	4,75	18,6	14,7

Angesichts des Lohnkonflikts interessiert natürlich die Situation im Steinkohlenbergbau. Für das finanzielle Ergebnis spielt natürlich der harte Winter 1928-29 eine Rolle, aber keine entscheidende. Ausschlaggebend ist im Steinkohlenbergbau zweifellos die Leistungssteigerung pro Kopf, die vorzugsweise der Rentabilitätsentwicklung zugute kommt. Wenn man im Steinkohlenbergbau Jahresgewinn und Jahresverlust für die erfaßten 17 Großgesellschaften gegenüberstellt, so ergibt sich eine Steigerung des Gewinnfaltes von 3 auf 5,6 Prozent des Eigenkapitals. Beim Bergbau haben auch die flüssigen Mittel mit 184 Mill. M. um 43 Mill. M. zugenommen. Die langfristige Verschuldung weist eine Erhöhung von 46,2 auf 81,9 Mill. M. auf, was sich durch einen Einzelfall, die Auslandsaufleiheaufnahme beim Harpener Konzern, erklären dürfte. Wesentlich ist auch ein Rückgang der fremden Mittel um rund 20 Prozent, der etwa 32 Mill. M. entsprechen dürfte.

In der Braunkohle liegt eine Steigerung der flüssigen Mittel von 99,8 auf 125,9 Mill. M. vor. Die flüssigen Mittel der Kaliindustrie haben sich von 394,3 Mill. M. auf 425 Mill. M. erhöht. Die Anlagen erhöhten sich, ein Zeichen des intensiven Ausbaus der Kaliindustrie, von 236,4 auf 280,4 Mill. M. Dabei wurden die Abschreibungen von 28,4 um 3 Mill. M. auf 31,4 Mill. M. heraufgeholt. In der kombinierten Bergbau- und Eisenindustrie liegt eine Steigerung der Abschreibungen von 17 auf 25,5 Mill. M. vor.

So sieht die „Gefahr für die Industrierente“ aus! Und dieses Unternehmertum hat noch den Mut, einen Lohnabbau zu verlangen. Es gibt auch eine Regierung Brüning-Schiele, die diese Bestrebungen sanktioniert. Dem muß ein Halt zugerufen werden. Der Bergmann tut am besten, indem er am 14. September die Liste 1 (Sozialdemokraten) wählt! Friedrich Olk.

## Sammeln!

Wahltag ist Zahltag! Am 14. September wird das deutsche Volk zur Wahl schreiten, um sich eine neue Volksvertretung zu geben. Die alte Regierung unter Führung des Zentrumsabgeordneten und Arbeiterführers Brüning, schon im Anbeginn mit starken Todeskeimen durchsetzt, hat durch Mehrheitsbeschluß des Reichstags ihr verdientes Ende erfahren. Wie konnte es auch anders sein, denn alle Maßnahmen, die von ihr getroffen wurden, um die Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen, trafen lediglich die schwer arbeitenden und notleidenden Volksschichten.

Das Geschrei der Unternehmer und der besitzenden Klasse über starke Belastung der Wirtschaft durch Steuern, Sozialabgaben, hohe Löhne, fanden bei Brüning-Steigerwald ein williges Ohr. Und so kam es, daß die Renten der Armen und Schwachen herabgesetzt wurden, die Krankentafelleistungen eine Verschlechterung erfuhren und der Arbeitslosen, bei denen das Einkommen so schon geschmälert war. In steuerlicher Hinsicht erfolgte die Einführung der Regenersteuer, die jeder Bürger, soweit er Einkommen, ob hoch oder niedrig hat, bezahlen muß.

Weiter erfolgte eine Verteuerung der Waren, indem man die Konsum- und Warenhaussteuer einführt, obwohl man auf der anderen Seite die Löhne durch Gesetzesmaßnahmen (siehe Leynhauer Schiedspruch) herabsetzte. Die Forderung: Preisabbau, ist Schlagwort geblieben. Statt Senkung der Lebensmittel- und sonstigen Bedarfsartikelpreisen haben wir eine aufsteigende Linie zu verzeichnen. Ein paar Tatsachen sollen es beweisen. Milch wie Butter, so auch Eier, verteuerten sich. Die Miete auch. So wurde auch die Bekleidung teurer. Man könnte noch mehr anführen, doch genug. Die Regierung Brüning-Steigerwald hat eine Ausplünderung am schaffenden Volke vollzogen, wie es noch keine Regierung in der Nachrevolutionzeit fertiggebracht hat. Und wenn es noch weitere Worte des Beweises bedarf, so lassen wir einen Mann aus ihren Reihen sprechen.

War es nicht der Zentrumsabgeordnete und Genossenschaftsvertreter Schlaack, der da sagte: „Die Regierung Brüning ist die reaktionärste, die wir seit den Revolutionstagen gehabt haben, denn alle Maßnahmen, die sie bis jetzt getroffen hat, sind nicht für das Volk, sondern gegen dasselbe. Sie führt das Volk an den Bettelstab! Und wie kann eine Regierung es verantworten, der Arbeiterschaft den Brotkorb noch höher zu hängen, wo sie so schon auf dem letzten Loch pfeift!“ Das waren harte Worte.

**Die 36. Beitragswoche**  
läuft vom 31. Aug. bis 6. Sept. 1930  
Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

Der Bohn blieb für ihn auch nicht aus. Schlaack war im Steuer- auschuß neben dem Zentrumsabgeordneten Herold. Schlaack wurde im Namen der Partei von Herold aufgefordert, sein Mandat im Steuerausschuß niederzulegen. Aber nach außen erklärte man, daß das Fernbleiben von Schlaack auf einen „Zusammenbruch der Nerven“ zurückzuführen sei.

Und was sagen die christlichen Arbeiter und Angestellten dazu? Werden sie etwas dagegen unternehmen, oder besser gesagt: können sie überhaupt etwas dagegen machen? Ja! Sage nein und noch, mais nein! Und warum nicht? Aus dem einfachen Grund, weil ein Einfluß der christlichen Arbeiter im Zentrum überhaupt nicht vorhanden ist, abgesehen sie die weit höchste Stimmzahl darstellt. Denn eine Partei wie das Zentrum, welches ein Sammelbecken aller Stände: ob Grafen, Barone, Industrielle, Gelehrte, Beamten, Angestellte und zuletzt Arbeiter darbietet, kann keine Sozialpolitik im wahren Sinne des Wortes betreiben. Das lassen sich die von Natur aus egoistischen Gruppen nicht gefallen. Arbeiterinteressen werden eben nur in der Sozialdemokratie konsequent vertreten.

Der ganze bürgerliche Blätterwald ist schon jetzt darauf eingestellt, der Sozialdemokratie bei der Wahl eins auszuwichsen. Und dazu müssen alte Ladenaüter mal wieder herhalten. Vor allen Dingen ist in letzter Stunde die Religion wieder in Gefahr. Aber sie verzissen dabei ganz, daß sie es gerade sind, die dem Volk durch ihre „Angottlichkeit“ den Glauben nehmen. Denn hat Gott mit Hilfe der Arbeiter den Reichtum in Hülle und Fülle, so wie ihn heute die Erde bietet, lediglich nur für eine gewisse Sorte Menschen geschaffen? Wenn nicht, warum sorgt man dann nicht dafür, daß ein gewisser Ausgleich geschaffen wird? Und zwar so, daß das Leben für alle Menschen erträglich wird. Nicht die Religion wird seitens der Sozialdemokratie gefährdet, sondern der Geldsack! Wer das aber bis heute noch nicht glaubt, den soll folgende Tatsache belehren:

Wir alle wissen, daß zwischen dem preußischen Staat und der Kirche ein Vertrag (Konkordat) zustande gekommen ist. Und zwar hat die Kirche mit einem großen Plus dabei abgeschlossen. Also hören wir, was ein Zentrumsmann — es ist kein simpler Arbeiter — dazu sagt:

Auf dem preußischen Zentrumsparteitag am 12. Mai 1930 sagte ein gewisser Dr. Heß folgendes: „Der große Erfolg für uns war das Konkordat, die Entfugung der sozialdemokratischen Minister. Das Konkordat ist ein historisches Ereignis von weltgeschichtlicher Größe. Ungehindert können wir zu jeder Zeit unseren katholischen Glauben offenbaren“ usw.

Ob man nun noch weiter den Anhängern aus den Arbeiterkreisen glauben machen will, daß die Sozialdemokratie die geborene Todfeindin der Kirche ist? Das wird wohl schwer halten. Doch geschehen wirds. Aber immer mehr erkennen die Arbeiter, evangelisch oder dissidentisch, sondern: bist du gewillt, mit uns gemeinsam unsere Wirtschaftsinteressen zu vertreten, so wie es die besitzende und gebildete Klasse tut, dann gehörst du zu uns!

Es ist die höchste Zeit, denn das Barometer steht auf Sturm. Wenn es so weitergeht, dann wird Oswald Spengler recht bekommen, dann ist der „Untergang des Abendlandes“ nicht mehr aufzuhalten! Wir Arbeiter sind die Träger einer neuen Kultur. Wer bis jetzt noch nicht begriffen hat, was hinter seinem Rücken gespielt wird, der gehört nicht auf diese Welt.

Mammon ist stets bei den andern Trumpf. Nur eine Seele haben sie und das ist: Geschäft! Doch wir wollen für alle schaffen und eintreten. So erheischt es die wahre Menschlichkeit! Wer das will, der gebe am Wahltag der Sozialdemokratie die Stimme. W. Höbusch.

## Weshalb die Christlichen gegen die freien Gewerkschaften hehen.

Der christliche Gewerkschaftskongreß 1929 beschloß zur Frage der Arbeitslosenversicherung:

„Der Kongreß weist die unberechtigten Angriffe der Gegner der deutschen Sozialpolitik gegen die Arbeitslosenversicherung entschieden zurück.“

Die dadurch hervorgerufene große Beunruhigung der Arbeiterschaft veranlaßt den Kongreß, die schnellste Verabschiedung der Vorlage zur Reform der Arbeitslosenversicherung durch die gesetzgebenden Körperschaften zu fordern. An den Grundlagen der Versicherung darf nicht gerüttelt werden, alle Abbaubestrebungen sind entschieden zurückzuweisen. Der Ratlage der Kurzarbeiter ist durch entsprechenden Ausbau der Versicherung mehr als bisher Rechnung zu tragen. Durch geeignete Maßnahmen ist jedoch jeder Mißbrauch des Gesetzes zu unterbinden.

Der Kongreß fordert die Beteiligung der Allgemeinheit an den Kosten der Arbeitslosenversicherung, deren Höhe auf außergewöhnliche Ursache, wie Krieg, Reparation, Inflation usw. zurückzuführen ist und deshalb nicht auf die Betroffenen allein abgewälzt werden darf.“

1930 unterstützen und verteidigen die Christlichen die Brüning-Regierung, die auf Wunsch der Unternehmer mit dem grundsätzlichen Abbau der Arbeitslosenversicherung begann.

## Christliche Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung.

Am 31. August 1929 schrieb der „Bergknappe“:  
„Der Ansturm der Arbeitgeber gegen die Arbeitslosenversicherung ist in das Endstadium getreten... Der Entwurf der Regierung zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung bringt keine gerechte Lösung... Gegen diesen Plan erheben wir schärfsten Protest... Wenn die Arbeitgeber in der Arbeitslosenversicherung Erfolg haben, wird die Knappschicht an die Reihe kommen... Sie sagen zwar auch hier, sie wollten nur Auswüchse zur Binderung der sozialpolitischen Belastung ausmergen, doch ist das nur ein Deckmantel für sie, ein Köder für weniger gut unterrichtete Staatsbürger.“

Was damals an Abbau der Arbeitslosenversicherung drohte, ist von der Sozialdemokratie abgewehrt worden, während das Zentrum anfänglich weitgehende Abbauanträge stellte.

Die Notverordnungen Brünings haben diesen Raub vollendet, Zentrum und christliche Gewerkschaften geben ihren Segen dazu. Und darüber hinaus:

- 50 Pf. für jeden Krankenschein!
- 50 Pf. für jedes Rezept!
- Klärt die Unwissenden auf!

Gebt den Sozialräubern die richtige Antwort:

**Liste 1, Sozialdemokratie!**



Aus dem Saargebiet.

Beschlechterung in der Krankenversicherung.

Regierungskommission und Grubenverwaltung im Krankengeldraub der Bergarbeiter einig.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat mit Hilfe des Zentrumsministers Roman und seiner sozialpolitischen rechten Hand, dem Herrn Ministerialdirektor Thyssen, ohne daß eine sozialpolitische Notwendigkeit vorhanden war, den kranken Arbeitern des Saargebiets durch ihre bekannte Novelle bedeutende Verschlechterungen aufgezwungen.

Die Herren Saarminister, welche täglich 800 Fr. Einkommen haben, haben diktiert, daß der kranke Bergarbeiter, der pro Tag 15 Fr. mit seiner Familie zu verzehren hat, er nur noch 7,50 Fr. erhält.

Der arme kranke Bergarbeiter soll des weiteren 10 Prozent seiner Arzneikosten tragen. Dadurch ist der Korruption Tür und Tor geöffnet.

Es ist, der dazu noch die Verantwortung der betreffenden Abteilung trägt, solche arbeiterfeindliche Verordnungen erlassen kann! Jahrelang verlangen die Arbeiter Einführung der deutschen Gesetzgebung.

Wenn es gilt, Arbeitgeberinteressen zu vertreten, dann ist die sogenannte Saarregierung als erste auf dem Damme. Abbau der Arbeitslosenfürsorge, Abbau der Krankenbezüge zeichnen den reaktionären Weg der Reaktionäre hüben wie drüben.

Nachstehende Dienstanweisung wurde von Seiten der Grubenverwaltung an die Verwaltungsstellen herausgegeben:

„Saarbrücken, den 4. August 1930.

Zahlung der Familienzulagen in Krankheitsfällen.

Gemäß Verordnung der Regierungskommission vom 9. Juli d. J. — in Kraft getreten am 15. Juli 1930 — betreffend Änderungen des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung (Krankenversicherung) wird für alle Krankheitsfälle, die vom 15. Juli 1930 ab eingetreten sind, seitens der Saarknappschaft das Krankengeld allgemein nur noch für 7 Arbeitstage, also nicht mehr Sonn- und gesetzliche Feiertage gezahlt.

vom 11. November 1929 Artikel 6, Absatz 2, Punkt 2 das Frauen- und Kindergeld nur für diejenigen Tage bezahlt wird, für welche der Arbeiter seitens der Knappschaftskrankenkasse nur Krankengeld bezieht, wird folgendes bestimmt:

- 1. Für alle nach dem 15. Juli 1930 eingetretenen Krankheitsfälle wird das Frauen- und Kindergeld nur noch für die Arbeitstage gezahlt, wie dies während der beiden ersten Krankheitswochen bereits der Fall war.

- 2. Für die vor dem 15. Juli 1930 eingetretenen Krankheitsfälle bleibt es bis zur Erledigung dieser Fälle bei dem bisherigen Verfahren.

Was sagen die christlich organisierten Arbeiter zu diesem Schandstreich auf die Bezüge der Ärmsten, der kranken Bergarbeiter? Auf der einen Seite baut man Denkmäler, die Millionen verschlingen und auf der anderen Seite läßt man kranke Arbeiter durch Gesetzesbestimmungen verhungern.

Wir hoffen, daß diese Sozialdiktatur auch dem letzten Arbeiter die Augen öffnet, indem er mit dem Verband der Bergbauindustriearbeiter für die Beseitigung der heutigen Klassengegenätze eintritt!

Verbandsnachrichten

Bücherrevision.

Effen-Holsterhausen. Vom 21. September bis 5. Oktober. Bücher bereithalten!

Unter Tage ein guter Begleiter ist der würzige und billige...

GEG Kautabak aus reinem Kentucky mit feinsten Zutaten...

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gut füllende Sorten. 1 Mio graue gefüllte, Gm. 3., Halbweiße 4., Weiße 5., bester 6., 7., 8., 10., beste Sorte 12., 14., Gm. Ungeschlägerte Aufpfebern Gm. 7,50, bester Gm. 9,50, beste Sorte 11 Gm.

Verlangen Sie kostenlose Zusendung unseres Kataloges! Sie finden wirklich günstige Kaufgelegenheiten.

Liste frei! Kastenwagen Untergestell pr. Esche, 100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft 25 Mark franko.

Ziehung 10.-17. Sept. Volkswohl-Lotterie 67100 Gewinne und Hauptgew. 2 Pr. — Rm. 465000 150000 100000 75000 50000

Platate

Ab Fabrik bzw. i. u. Musik-Instrumenten-Verandsgeschäft. Alle Musikinstrumente in Qualität. J. J. Garantie. Jahrl. ca. 3000 Danksch.

Harmonikas von 4,80 M. an. Viollinen von 5.- M. an. Uhren von 2,50 M. an.

Neuer Yang! Beste Ware! No Office. 100 Sals heringe, jact, weth, vollfette. 11. Kronheringe.

Käse billiger direkt ab Fabrik. Halst. Käse (Broiform) 9 Pfd. 4,30. Edamer Art (1/2 fett) 9 Pfd. 4,80.

Sächsische Bettfedern. Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 79 Prov. Sachsen, Angerstraße 4.

Wieviel Druckmaschinen jeder Art für die Zahlstellen liefert preiswert J. Hausmann & Co., Bochum

Betten aus dichtem Bett-Inlett Oberbett mit 7 Pfund 15,85 19,70 23,75 Unterbett mit 6 Pfund 14,90 18,20 22,50

Hornstulle i. a. Qual. sehr günstig, durch Fabrik Germ. Schöber, Gertr. Engel-mod. Rannig.

Gummiwaren hygienische Artikel. Verli. Sie illust. Preis. gratis. Bitte-Versand Berlin N 58

EISU - Stahl-Kindernbetten, Chaiselong, an jeden Teilzahlk. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Musik-Instrumente zu herabges. Preisen Wolf & Comp., Klingenthal Sa. 687

Kauft Bücher, sie dienen der Fortbildung!

500000 neue Musikfreunde wurden allein seit 1924 von uns zur Zufriedenheit beliefert 20000 Dankschreiben rühmen die Qualität und niedrigen Preise.

EDEL-KANARIEN wirklich feine Sänger der berühmten Harzer Meisterschule. 10.- Mark und höher.

Sparen ist das Gebot der Stunde Direkter Versand nur an Private! 10% Rabatt

Wollstülzorgje Gebirgsjägerfl. Genossen-Idolfl. Versicherung

Wäschemanufaktur Kar! Joel Nürnberg 90 Fürtherstraße 2

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 2 Jahre Gute Taschenuhr nur 21. 2,90

Wenzel Fremuth, Deschowitz 133 Sagan.

Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter! Verträgliches, best-reelles christliches Haus!

Sichere Existenz durch Anschaffung der neuartigen Universal-Schnellstrickmaschine REKORD

Tuche ab Fabrik Lehmann & Assner, Reibliches Tischservietten mit eigener Fabrikation Spremberg i. L. 98

Protokoll des 29. Internationalen Bergarbeiter-Kongresses in Krakau (Polen) der vom 12. bis 16. Mai 1930 stattfand.

Existenz durch Anschaffung einer... Rekorde

LINDCAR gefertigt auch Nähmaschinen! LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT BERLIN-LICHTENRADE